

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Rechtzeitige Hilfe ist kluge Politik

Wenn die Industriestaaten des Westens klug sind, dann müssen sie der Sowjetunion jetzt Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Meine Haltung in dieser Frage hat sich nicht geändert.

Die dafür notwendigen Voraussetzungen müssen in der Sowjetunion selbst geschaffen werden. Wir können und wir dürfen unser gutes Geld nicht in ein Faß ohne Boden stecken. Auch dies habe ich immer gesagt — zuletzt auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London.

Aber nach dem Scheitern des Putsches gegen Gorbatschow gibt es eine neue historische Chance, dem Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion endgültig zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Chance dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Wir Deutschen haben aus gutem Grund mehr getan als alle anderen — denn ohne die Hilfe der Sowjetunion und ohne Michail Gorbatschow wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen.

Aber auch unsere amerikanischen Freunde, unsere Partner in Japan, unsere Verbündeten in Westeuropa müssen jetzt sagen, wie sie im Rahmen des ihnen Möglichen die Sowjetunion unterstützen wollen.

Ich glaube und ich hoffe, daß man im amerikanischen Parlament, vielleicht auch in Japan und in

(Fortsetzung Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Sowjetunion

Generalsekretär Volker Rühle:
Alle westlichen Staaten sind jetzt gefordert. Seite 3

● Familie

Hannelore Rönsch: Wesentliche Verbesserungen für junge Familien. Seite 7

● Innere Sicherheit

Aufgaben des Verfassungsschutzes im geeinten Deutschland. Seite 10

● Entschädigung

Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht. Seite 13

● Bundespost

Telefonieren in den neuen Ländern: einfacher, schneller und billiger. Seite 15

● Umweltschutz

Regierung beschließt Einführung der Gasrückführung an Tankstellen. Seite 18

Umweltfreundliches Verhalten muß sich auszahlen: CO₂-Abgabe unverzichtbar. Seite 20

● Öffentlichkeitsarbeit

Materialien für die Parteiarbeit. Seite 23

Verbesserte Stimmung in Ostdeutschland

Die Wirtschaftslage in Ostdeutschland ist nach wie vor durch niedrige Nachfrage und Produktion gekennzeichnet. Jedoch nehmen nach Meinung des Bundesverbandes deutscher Banken die Anzeichen dafür zu, daß sich die wirtschaftliche Talfahrt in den neuen Bundesländern allmählich ihrem Ende nähert. So sind die Bauaufträge weiter kräftig gestiegen. Die Existenzgründungswelle hält an.

Die Nachfrage nach öffentlichen Fördermitteln verläuft äußerst lebhaft. Die Zahl der Privatisierungen steigt beschleunigt. Auch in der Industrie haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen in den letzten Monaten deutlich verbessert.

Millionenauftrag aus UdSSR an Vogtland-Stoffe

Das sächsische Textilunternehmen Vogtlandstoffe GmbH (Reichenbach) hat den Auftrag aus der UdSSR erhalten, in den kommenden neun Monaten Freizeitgewebe im Wert von mehr als 24 Millionen DM zu liefern. Wie das Unternehmen mitteilte, bedeute der Vertragsabschluß eine wesentliche Erhöhung des für 1991 erwarteten Umsatzes. Vogtlandstoffe stellt sowohl Kammgarnstoffe als auch Gewebe für Freizeit- und Sportbekleidung her. Ein drittes Standbein des Unternehmens ist die Textilveredelung.

Nachrichten aus den neuen Ländern

Buderus erwarb Heizkörper-Fabrik in Sachsen

Die Buderus Heiztechnik GmbH (Wetzlar) hat von der Treuhand die sächsische Heizkörperfabrik MVN-Metallverarbeitung Neukirchen erworben. Der Kaufvertrag des derzeit 265 Mitarbeiter zählenden Werks zur Fabrikation von Plattenheizkörpern ist dieser Tage unterzeichnet worden. Buderus wird dort in den nächsten fünf Jahren rund 40 Millionen Mark investieren.

Über 100 000 Wohnungen jetzt schon modernisiert

Über sechs Milliarden des insgesamt zehn Milliarden Mark umfassenden Kreditprogramms für Wohnungsmodernisierung sind bereits jetzt mit Anträgen belegt. Damit ist das Programm, das über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelt wird, der Renner unter den Fördermaßnahmen zur Verbesserung des Wohnungsbe-

standes in den neuen Bundesländern. Besonders erfreulich ist, daß rund die Hälfte aller Anträge für Maßnahmen zur Energieeinsparung verwendet werden sollen, also etwa für den Einbau neuer Fenster, Heizungsmodernisierung, Wärmedämmung und Warmwasserversorgung. Insgesamt sind bisher 126 505 Anträge bei der KfW eingegangen, 99 524 Antragsteller haben bereits Zusagen erhalten (Zusagesumme: 4,194 Milliarden Mark). Ausgezahlt wurden 1,769 Milliarden Mark.

Förderung innovativer Ost-Betriebe „gut angenommen“

Das Programm zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen (TOU) in den neuen Bundesländern ist nach den Worten von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber gut angenommen worden. Seit Beginn des TOU-Programms im Oktober 1990 sind 333 Anträge auf staatliche Zuschüsse zur Entwicklung von Produkten gestellt worden, von denen bislang 48 bewilligt wurden. Das Programm läuft Ende 1992 aus. Bis dahin will das Bundesforschungsministerium insgesamt 200 junge Unternehmen mit 150 Millionen DM fördern.

Richtigstellung:

In der letzten UfD-Ausgabe (24/91) wird auf Seite 17 die Höhe der zinsgünstigen Kredite aus dem Kommunalkreditprogramm irrtümlich mit 9 140 Mrd. DM angegeben. Wie die Aufschlüsselung dieser Zahl für die fünf neuen Bundesländer und Berlin zeigt, muß es statt dessen heißen: 9,140 Mrd. DM.

Alle westlichen Staaten sind jetzt gefordert

Durch den Mut und die Entschlossenheit der demokratischen Kräfte in der Sowjetunion — an ihrer Spitze das russische Volk und sein Präsident Boris Jelzin — ist der Putschversuch gegen Michail Gorbatschow kläglich gescheitert. Es hat sich gezeigt, wie wichtig es war, sich im Westen nicht frühzeitig mit dem Putsch abzufinden und zur Tagesordnung überzugehen, wie manche es bereits tun wollten.

Freiheit und Demokratie haben einen großen Sieg errungen. Diese dramatischen Tage haben gezeigt: Der Totalitarismus hat keinen Platz mehr in Europa. Zwar ist der Putsch der unheiligen Allianz gescheitert, doch sind die großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Sowjetunion noch lange nicht überwunden.

Die demokratischen Kräfte müssen nun ihre gestärkte Position nützen, um gemeinsam und entschlossen den Prozeß der Reformen und der Demokratisierung zu beschleunigen. Die Zeit von Halbherzigkeiten und falschen Rücksichtnahmen muß nun vorbei sein.

Vor allem muß ausgeschlossen sein, daß sich ein solcher Putschversuch wiederholen kann. Als erstes muß die Rolle von führenden Politikern während des Putschversuches geklärt, und die Schuldigen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Streitkräfte und Geheimdienste dürfen kein Eigenleben mehr führen, son-

Von Generalsekretär Volker Rühle

dern müssen unter demokratischer Kontrolle gebracht werden.

Die wichtigste Aufgabe ist jedoch, einen neuen Unionsvertrag zu unterzeichnen, der die Rechte und Pflichten der Union und der Republiken neu regelt.

Dabei muß aber auch das Verhältnis zu den Republiken, die nicht bereit sind, den Unionsvertrag zu unterschreiben, rasch geklärt werden.

Ich hoffe, daß die baltischen Republiken auf friedlichem Wege und durch Verhandlungen möglichst bald den Weg in die europäische Völkergemeinschaft zurückfinden. Die Bundesrepublik

Rechtzeitige Hilfe ist kluge Politik

(Fortsetzung von Seite 1)

dem einen oder anderen Land Europas nach den jüngsten Ereignissen in der Sowjetunion zu der Meinung kommt: Es ist doch richtiger, rechtzeitig zu helfen und nicht abzuwarten,

wie sich die Dinge weiterentwickeln. Wir sind nicht der Zahlmeister für alles in der Welt. Aber ich bin für die Bundesregierung ganz entschieden der Meinung: Hilfe zur richtigen Zeit ist kluge Politik.

Auf den Müllhaufen der Geschichte

Die historischen Ereignisse in der Sowjetunion, der unaufhaltsame Auflösungsprozeß der KPdSU, sollten nicht ohne Auswirkungen auf die PDS/SED in Deutschland bleiben. Die deutschen Kommunisten sind im Begriff, ihre sowjetische Mutterpartei zu verlieren.

PDS-Vorsitzender Gysi sollte nicht länger dazu schweigen. Er muß jetzt handeln, und zwar rasch. Gysi, Modrow und Genossen sind neben dem Cubaner Fidel Castro und ande-

ren die letzten Fossile einer gescheiterten kommunistischen Ideologie. Gysi hat jetzt die Chance, einen außerordentlichen Parteitag der PDS/SED einzuberufen, um die Selbstauflösung seiner kommunistischen Partei einzuleiten.

Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die PDS/SED gehört jetzt dahin, wo auch ihre „Bruderparteien“ Osteuropas gelandet sind: auf den Müllhaufen der Geschichte.

Deutschland muß hierbei eine Führungsrolle übernehmen, um diese Frage innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vorzubringen.

Die mutige Haltung der sowjetischen Bevölkerung, die unter Einsatz ihres Lebens der Freiheit zum Sieg verholfen hat, hat mehr verdient als nur moralische Unterstützung. Wer Freiheit und Demokratie langfristig sichern will, der muß auch bereit sein zu aktiver Unterstützung des Reformprozesses. Denn der Neuanfang des Reformprozesses wird keinen Erfolg haben ohne wirtschaftlichen Erfolg. Politische Stabilität wird es auf Dauer ohne ökonomische Stabilität nicht geben.

Wandel in Stabilität

Dies ist nicht nur im Interesse der Deutschen. Es ist von strategischer Bedeutung für alle westlichen Staaten und für die jungen Demokratien Zentral- und Südosteuropas, daß sich der Wandel in der Sowjetunion in Stabilität vollzieht. Es bedarf daher eines internationalen Hilfs-

konzeptes, das die Anstrengungen der westlichen Industriestaaten und internationalen Organisationen koordiniert und bündelt. Hilfe darf nicht nebeneinander, sie muß miteinander und mit der gleichen Zielsetzung erfolgen.

Gerechte Lastenverteilung

Dies alles erfordert neben Einsatzbereitschaft auch Geld. Deutschland, das durch die deutsche Einheit in besonderer Weise belastet ist, ist mit mehr als 60 Milliarden DM Unterstützung allein für die Sowjetunion an den Rand seiner Leistungsfähigkeit gegangen. Jetzt sind vor allem diejenigen Staaten gefordert, sich an einer gerechten Lastenverteilung zu beteiligen, die sich noch auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel im Juli reserviert gezeigt hatten. Die Ereignisse dieser Woche haben uns allen sehr drastisch vor Augen geführt, daß es falsch ist, bequem im Sessel abzuwarten, was in den osteuropäischen Reformstaaten und in der Sowjetunion geschieht. Alle westlichen Staaten sind jetzt gefordert.

„Einigkeit und Recht und Freiheit“

Briefwechsel zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler zur Nationalhymne für die Bundesrepublik Deutschland:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
die staatliche Einheit der Deutschen wurde rechtlich durch den Einigungsvertrag und den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen. Seit dem 3. Oktober 1990 gilt auch die Nationalhymne der bisherigen Bundesrepublik für das vereinte deutsche Volk.

Das „Lied der Deutschen“, von Hoffmann von Fallersleben vor hundertfünfzig Jahren in lauterem Gedanken verfaßt, ist seither selbst der deutschen Geschichte ausgesetzt gewesen. Es wurde geachtet und bekämpft, als Zeichen der Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Verantwortung verstanden, aber auch in nationalistischer Übersteigerung mißbraucht. Als ein Dokument deutscher Geschichte bildet es in allen seinen Strophen eine Einheit.

Aufgrund des Briefwechsels zwischen Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer vom 29. April/2. Mai 1952 hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte die 3. Strophe des Liedes mit der Musik von Haydn als Hymne der Bundesrepublik Deutschland im Bewußtsein der Bevölkerung fest verankert. Gerade in der Zeit der Teilung hat sie den tiefen Wunsch der Deutschen nach Rechtsstaatlichkeit und nach Einheit in Freiheit ausgedrückt. Dieses Ziel haben sich unsere Landsleute in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und im Ostteil von Berlin friedlich errungen.

Die 3. Strophe des Hoffmann-Haydn'schen Liedes hat sich als Symbol bewährt. Sie wird im In- und Ausland gespielt, gesun-

gen und geachtet. Sie bringt die Werte verbindlich zum Ausdruck, denen wir uns als Deutsche, als Europäer und als Teil der Völkergemeinschaft verpflichtet fühlen.

Die 3. Strophe des Liedes der Deutschen von Hoffmann von Fallersleben mit der Melodie von Joseph Haydn ist die Nationalhymne für das deutsche Volk.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Richard von Weizsäcker



Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

„Einigkeit und Recht und Freiheit“ — mit diesem Dreiklang gelang es uns, nach 1949 die erfolgreichste rechtsstaatliche Demokratie unserer Geschichte zu gestalten und den Wunsch nach nationaler Einheit wachzuhalten. Der Wunsch aller Deutschen, die Einheit ihres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden, kam im Deutschlandlied besonders eindringlich zum Ausdruck. Heute, nach der Wiedervereinigung Deutschlands, verpflichtet uns auch das Deutschlandlied, für die Menschen in den neuen Bundesländern eine rechtsstaatliche Ordnung zu verwirklichen.

Der Wille der Deutschen zur Einheit in freier Selbstbestimmung ist die zentrale Aussage der 3. Strophe des Deutschlandliedes. Deshalb stimme ich Ihnen namens der Bundesregierung zu, daß sie Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Helmut Kohl

Merkel: Zehn Millionen Mark für jugendpolitische Investitionen

Zu einem Gespräch über Jugendpolitik in den neuen Bundesländern haben sich die Bundesjugendministerin Angela Merkel, die Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Bohl und Jürgen Rüttgers sowie der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe, getroffen.

Die Situation junger Menschen in den neuen Bundesländern hat sich seit dem Zusammenbruch des SED-Staates in vielfältiger Weise verändert: Vertraute Lebensumstände und verordnete Leitbilder sind verlorengegangen. Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden nicht mehr zugeteilt, die Freizeit nicht mehr organisiert. An die Stelle von FDJ und Jugendclubs sind vorwiegend kommerziell arbeitende Diskotheken getreten. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit findet praktisch nicht statt. Und die Orientierungslosigkeit hat Gewalt und Ausländerfeindlichkeit zur Folge.

Das Bundesjugendministerium hat 1991 den Zuwachs von 48 Millionen Mark im Bundesjugendplan fast ausschließlich

zum Aufbau einer pluralistischen Jugendarbeit in den neuen Bundesländern verwendet. Die Mittel fließen hauptsächlich freien Trägern der Jugendarbeit zu. Daneben werden in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden die Mitarbeiter der neu eingerichteten Jugendämter geschult. Mit einem Sonderprogramm in Höhe von 20 Millionen Mark sollen im kommenden Jahr Projekte gegen Gewalt gefördert werden.

Zwischen den Gesprächspartnern bestand aber Einigkeit darüber, daß das Angebot sinnvoller Freizeitaktivitäten neben den Bemühungen der Bundesregierung zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen am besten das Entstehen von Gewaltpotentialen verhindern kann. Hierfür ist deshalb zusätzlich eine Förderung der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene notwendig. Die CDU/CSU-Fraktion wird die Möglichkeiten für ein jugendpolitisches Aufbauprogramm prüfen. Die Bundesjugendministerin will sich außerdem noch in diesem Jahr um zehn Millionen Mark aus dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost für jugendpolitische Investitionen bemühen.

Hans-Gert Pöttering in Moskau

Als beeindruckendes Erlebnis ohne Beispiel in seinem politischen Leben hat der CDU-Europa-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, seine Teilnahme an der Sitzung des russischen Obersten Sowjets bezeichnet, in der Boris Jelzin seine schon heute

historisch zu nennende Rede gegen den Staatsstreich hielt. Mit Hilfe eines Vertreters der Moskauer Akademie der Wissenschaften war es Pöttering gelungen, vorbei an den Panzern, Barrikaden und durch eine Menge vieler Tausender von Menschen in das Parlamentsgebäude zu gelangen.

Hannelore Rönsch: Wesentliche Verbesserungen für junge Familien

Für junge Familien mit Kindern hat die CDU-geführte Bundesregierung jetzt weitere erhebliche Verbesserungen beschlossen:

● Für Kinder, die nach dem 31. 12. 1991 geboren werden, wird der Erziehungsurlaub auf drei Jahre verlängert.

Das bedeutet: Mütter oder Väter können sich solange um das Kind selbst kümmern, bis es ins Kindergartenalter kommt.

● Erziehungsgeld wird für Kinder, die nach dem 31. 12. 1992 geboren werden, sechs Monate länger, zukünftig also für 24 Monate gezahlt.

Das bedeutet: Mit dem Erziehungsgeld wird die wirtschaftliche Situation von Familien wesentlich verbessert; gleichzeitig wird damit der Wert der Familienarbeit auch finanziell anerkannt.

Seit der Einführung des Erziehungsgeldes 1986 sind Jahr für Jahr den Eltern höhere Beträge zugute gekommen.

1986 1,6 Milliarden

1987 3,1 Milliarden

1991 5,8 Milliarden

1995 werden es 10,9 Milliarden sein.

Wie bisher, gilt auch für den verlängerten Erziehungsurlaub

● die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung.

● der Kündigungsschutz.

Eltern, die sich für die Betreuung ihres Kindes in den ersten Lebensjahren entscheiden, können sich darauf verlassen, daß die Rückkehr in den Beruf gesichert ist. Das ist gerade für Frauen wichtig, die

Familie wollen, aber nicht riskieren können, den Anschluß im Beruf zu verlieren.

Die Arbeitslosenversicherung verlängert sich dann, wenn ein Landeserziehungsgeld gezahlt wird. In Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz gibt es schon jetzt ein von CDU-Landesregierungen eingeführtes Familiengeld oder ein Landeserziehungsgeld. Alle SPD-geführten Landesregierungen haben sich bisher geweigert, junge Familien in gleicher Weise zu unterstützen. Den familienpolitisch wohlklingenden Worten der

Erziehungsgeld wird sechs Monate länger gezahlt. Erziehungsurlaub wird verdoppelt.

SPD auf Bundesebene müssen jetzt die Taten in den Bundesländern folgen.

Beim erklärten Ziel der CDU-Politik, nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Familienarbeit gesellschaftlich anzuerkennen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter zu erleichtern, ist die Bundesregierung mit diesem Beschluß einen Riesenschritt vorgekommen.

Das Erziehungsgeld wird auch weiterhin nicht auf Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld angerechnet, sondern zusätzlich gezahlt.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat damit einen weiteren Schritt getan hin zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft, in denen es Eltern erleichtert wird, ihre Kinder ohne wesentliche berufliche und finanzielle Nachteile großzuziehen.

Ein großer familienpolitischer Erfolg

Zum Ausbau des Bundeserziehungsgeldgesetzes erklärte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth:

Ich begrüße den Beschluß des Bundeskabinetts, nach dem der Erziehungsurlaub auf drei Jahre verlängert und das Erziehungsgeld von 18 auf 24 Monate ausgedehnt werden soll. Diese Änderungen sind als großer familienpolitischer Erfolg anzusehen, denn sie tragen dazu bei, daß Eltern sich intensiv um ihr Kind bis zum Kindergartenalter kümmern und nach der Berufsunterbrechung wieder auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren können. Damit wird auch die Familienarbeit mehr anerkannt.

Mit diesem Gesetz werden insbesondere Erleichterungen für Väter

geschaffen: Sie können sich zukünftig bis zu dreimal mit der Mutter abwechseln, wenn sie Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen; bisher ging dies nur einmal. Darüber hinaus bedeutet dies auch für das Kind, daß es sowohl von Vater und Mutter betreut werden kann.

Eine weitere Verbesserung wäre es, wenn alle Bundesländer sich bereit erklärten, ein Landeserziehungsgeld auch für das dritte Jahr des Erziehungsurlaubs zu zahlen. Daneben muß eine Dynamisierung der Leistungen für Familien (Erziehungsgeld, Kindergeld, Steuerfreibeträge) an die Steigerung der Lebenshaltungskosten erfolgen.

Damit haben sich meine Bemühungen in den Koalitionsrunden zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzlich umsetzen lassen.

Kommentare

Vorteile für Frauen

Mit ihrer Bilanz in der Familienpolitik kann sich die Bundesregierung seit 1982 sehen lassen. Sie hat Prioritäten gesetzt und die Leistungen kontinuierlich ausgebaut. Das ist ihr in vielen anderen Politikfeldern nicht gelungen. Die Verbesserungen beim Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld erleichtern es Frauen und Männern, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Möglicherweise trägt dies auch dazu bei, daß sich weniger Frauen dazu entscheiden, eine Schwangerschaft abzubrechen.

Es ist erfreulich, daß die Regierung das traditionelle Rollenverständnis von Vätern und Müttern durchbrechen will. Schon jetzt können Frauen oder Männer Elternschaftsurlaub nehmen. Theoretisch liegt es auch nahe, daß die Eltern sich bei der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder mehrmals abwechseln, ohne auf staatliche Hilfen verzichten zu müssen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Ein Meilenstein

Den Anhängern einer Betrachtungsweise, die Kinder vornehmlich unter dem Gesichtspunkt von Kosten und Belastungen wertet, wird die jetzt beschlossene Verlängerung von Erziehungsurlaub und

Erziehungsgeld als unzulänglich erscheinen. Eine derartige Haltung verstellt jedoch den Blick für die Einsicht, daß der Sozialstaat stets nur das zu leisten in der Lage ist, was zuvor erwirtschaftet wurde. Verbesserungen auch auf diesem so wichtigen Gebiet können also lediglich in Schritten unter Berücksichtigung der Haushaltslage wie auch der Bedürfnisse und Belastbarkeitsgrenzen von Wirtschaft und Verwaltung erfolgen. In Anbetracht dieser Erfordernisse kann der nun eingeleitete Ausbau staatlicher Leistungen ohne Übertreibung als Meilenstein in der Familienpolitik gewertet werden. Jetzt besteht die Möglichkeit, daß Elternteile durchgängig oder abwechselnd betreuen können.

Rheinische Post

Ein großer Erfolg

Die bevorstehende Verlängerung des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre ist tatsächlich ein Meilenstein in der Familienpolitik, wie es die zuständige Bundesministerin Hannelore Rönsch formulierte. Als diese völlig neuartige Sozialleistung 1986 von Familienminister Heiner Geißler eingeführt wurde, hielt es kaum jemand für realistisch, daß die Koalition ihr Ziel eines Ausbaus des Erziehungsurlaubs von einem auf drei Jahre erreichen würde. In genau 20 Wochen soll es nun soweit sein. Damit bleibt die Familienpolitik eines der erfolgreichsten Felder der Bonner Regierung.

Westfälische Nachrichten

Mehr Zeit fürs Kind

Bei jungen Familien wird die Bonner Regierungskoalition mit ihrem Beschluß, den Erziehungsurlaub und die Zahlung des Erziehungsgeldes zu verlängern, viel Beifall erhalten. Diese Maßnahmen erleichtern es zumindest einem Elternteil, sich in den ersten zwei bis drei Jahren voll um das Kind zu kümmern.

Zumeist bleiben die Mütter zu Hause. Nur 1,4 Prozent der Erziehungsurlauber sind Väter. Dies kann solange nicht verwundern, wie Männer in den meisten Fällen den Hauptteil zum Familienbudget beisteuern. Trotz aller Bemühungen um die Gleichberechtigung wäre es da unvernünftig, wenn die Väter zu Hause blieben.

Aber auch hier will der Gesetzentwurf Anreize schaffen. Vater und Mutter können sich danach bis zu dreimal mit dem Erziehungsurlaub ablösen. Auch mancher Vater ist dann sicherlich bereit, zwei oder drei Monate ausschließlich für das Baby dazusein.

Das neue Gesetz muß vor dem Hintergrund der Diskussion um die Neuregelung des Paragraphen 218 gesehen werden. Bonn will mit den verbesserten Regelungen die Entscheidung für das Kind und gegen einen Schwangerschaftsabbruch fördern. Gleich wie man zur Neuregelung des Abtreibungsrechtes steht, die Verlängerungen sind im Interesse von Eltern und Kindern zu begrüßen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Programmmentwurf der Frauen-Union

Einen umfassenden Entwurf eines frauenpolitischen Programms hat die Frauen-Union für ihren Bundesdelegiertentag am 19./20. Oktober in Bonn erstellt. Damit soll Bilanz gezogen, die bisherige Frauenarbeit auf ihre Stärken und Schwächen hin überprüft und die Politik der Frauen-Union für morgen definiert werden. — Der Programmmentwurf kann kostenlos bei der Union-Betriebs GmbH, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1 bezogen werden.

Aufgaben des Verfassungsschutzes im geeinten Deutschland

Der Bundesminister des Innern, Wolfgang Schäuble, hat zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 1990 am 15. August 1991 in Bonn folgende Erklärung abgegeben:

Ich stelle Ihnen heute den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1990 vor, das Jahr, in dem wir Deutschen nach den Jahrzehnten der Teilung unsere staatliche Einheit wiedererlangt haben. Mit der Herstellung der deutschen Einheit ist das Ende der Nachkriegszeit besiegelt worden.

Die politischen Konstellationen aus jener Zeit haben sich seither von Grund auf verändert. Wir sind heute dabei, den Ost-West-Gegensatz, der unser Land, der Europa in zwei gegnerische Hälften auseinanderriß, — wie wir hoffen: — endgültig — zu überwinden.

Die Umbrüche in Deutschland, in Europa und in der Welt, an die noch vor zwei Jahren kaum jemand zu denken gewagt hätte, hatten natürlich auch deutliche Auswirkungen auf die Arbeit des Verfassungsschutzes. 1990 und verstärkt seit der Jahreswende 1990/91 haben sich Schwerpunkte im Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes verlagert.

Erstens: Die massiven Versuche des SED-Regimes, Einfluß auf unser freiheitliches System zu nehmen, sind weggefallen.

Zweitens: Für den Verfassungsschutz gilt es, bei der Aufarbeitung des STASI-Erbes der früheren DDR mitzuhelfen.

Insbesondere muß das Spionagenetz des Ministeriums für Staatssicherheit und das Zusammenwirken der STASI mit Terroristen aufgedeckt werden.

Drittens: Der Niedergang des organisierten Linksextremismus hat sich in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr fortgesetzt. Gleichwohl sind Umorientierungen und neue Sammlungsversuche dieses Personenkreises festzustellen. Die frühere Abgrenzung zwischen „orthodoxen Kommunisten“ und der „Neuen Linken“ wird zunehmend hinfällig.

Viertens: Während im bisherigen Bundesgebiet der organisierte Rechtsextremismus schwächer geworden ist, ist in den neuen Bundesländern ein verhältnismäßig großes und gewalttätiges rechtsextremistisches Potential zu Tage getreten. Für die extreme Rechte haben sich in den neuen Ländern neue Agitations- und Propagandafelder aufgetan.

Fünftens: In den neuen Bundesländern gibt es noch keine voll funktionsfähigen Verfassungsschutzbehörden, die Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig erkennen und es den zuständigen Stellen ermöglichen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die entsprechenden Ämter müssen möglichst rasch eingerichtet werden.

Ein Überblick über den politischen Extremismus im Gebiet der alten Bundesrepublik ergibt für das Jahr 1990 folgendes Bild:

1. Linksextremismus

Der organisierte Linksextremismus befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel — eine Konsequenz des Scheiterns des Realsozialismus in der ehemaligen DDR. Alle Linksextremisten sind in ihrem Selbstverständnis herausgefordert.

Unverändert hielten Linksextremisten jedoch an ihren verfassungsfeindlichen Fernzielen fest: Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Diktatur oder der Anarchie.

1990 waren nur noch etwa 29 500 Mitglieder in linksextremistischen Kern- und Nebenorganisationen sowie weitere 20 000 Mitglieder in linksextremistisch beeinflussten Organisationen festzustellen. Im Jahr zuvor gab es noch ca. 41 000 Mitglieder linksextremistischer Parteien und Organisationen sowie ca. 40 000 Mitglieder entsprechend beeinflusster Organisationen. Insbesondere die bisher als „orthodox-kommunistisch“ zu bezeichnenden Organisationen hatten einen weiteren erheblichen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Die DKP verlor auch in diesem Jahr weitere Mitglieder, es dürften inzwischen weniger als 9 000 sein. Bis 1986 waren es noch 40 000 Mitglieder gewesen.

Linksextremisten gaben 1990 350 periodische Schriften mit einer Jahresgesamtauf- lage von 13 Millionen Exemplaren heraus. Auch hier ist eine sehr starke Abnahme insbesondere bei DKP-Publikationen festzustellen. 1989 hatte es insgesamt noch rund 1 000 Periodika mit einer Jahresauflage von etwa 32 Millionen Exemplaren gegeben.

Die Zahl der von Linksextremisten verübten Gewalttaten ging von 837 im Jahr 1989 auf 587 im Jahr 1990 zurück. Allerdings hat es auch im vergangenen Jahr wieder einen Mordversuch mit linksextre-

mistischem Hintergrund gegeben, und die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge (74) blieb gegenüber dem Vorjahr konstant.

2. Rechtsextremismus

Der deutsche Rechtsextremismus wurde im Berichtsjahr durch die Wahlniederlagen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), die fast völlige Inaktivität der „Deutschen Volksunion — Liste D“ (DVU) und durch die innerdeutsche Entwicklung entscheidend geprägt.

1990 war ein Mitgliederrückgang in rechtsextremistischen Organisationen um 10 Prozent von 35 900 Mitgliedern im Jahr 1989 auf nunmehr 32 300 Mitglieder festzustellen, übrigens auch ein Rückgang bei den organisierten Neonazis auf insgesamt nur noch knapp 1 100. Etwa 250 der 2 500 bis 3 000 „Skinheads“ in Westdeutschland sind dieser Neonazi-Szene zuzurechnen.

Die Publikationsauflagen gingen von knapp neun Millionen im Jahr 1989 auf etwas über achteinhalb Millionen im Vorjahr zurück.

Bei den Gesetzesverletzungen durch Rechtsextremisten war im Vorjahr ein deutlicher Rückgang festzustellen, die Zahl der erheblichen Gewalttaten nahm jedoch von 103 Fällen 1989 auf 128 Fälle zu, insbesondere aufgrund einer gestiegenen Zahl von Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung (63 statt 38 im Jahr 1989). Unter den übrigen Gewalttaten befanden sich 2 Tötungsdelikte, 12 Brandanschläge und 51 Fälle von Körperverletzung.

In den neuen Bundesländern ist insbesondere das militante Potential nationalistisch und rassistisch ausgerichteter Skinheads besonders groß und zeichnet sich durch besonders brutales Vorgehen aus. Zielgruppen ihrer Gewaltaktivitäten sind

Aus der Arbeit der KAS

Tagungen, Fachtagungen, Seminare, Trainings-, Informationsforen. Halbjahresprogramm 2/91 von Schloß Eichholz liegt vor.

Die Zahl der Veranstaltungen dieses Instituts ist beachtlich: Im laufenden Jahr werden es aller Wahrscheinlichkeit nach rund 2 500 sein — Angebote seiner mittlerweile 14 Bildungswerke und seiner Heimvolkshochschule Eichholz.

In Schloß Eichholz, dem zwischen Köln und Bonn gelegenen Tagungshaus, sind für das Jahr 1991 rund 300

„Maßnahmen“ vorgesehen. Einzelheiten über das Angebot in der zweiten Jahreshälfte sind in dem eben erschienenen Halbjahresprogramm 2/91 abgedruckt. Es informiert über Termine und Themen, benennt die angesprochenen Zielgruppen und liefert Hinweise auf die Veranstaltungsarten wie auch über die Teilnahmebedingungen.

Weitere Informationen/Anfragen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz/Postfach 1331
W-5047 Wesseling

insbesondere Ausländer, subkulturelle Gruppierungen, ehemalige Kommunisten und kommunistische Einrichtungen. Über das Gewaltpotential neonazistischer Skinheads in Ostdeutschland können derzeit wegen des noch unvollständigen Informationsstandes keine exakten Angaben gemacht werden.

3. Ausländer

Ausländische Extremisten bildeten auch im Jahr 1990 nur eine kleine Minderheit unter den in Deutschland lebenden etwa 5 Millionen Ausländern. Wie im Vorjahr gingen aber von ihnen erhebliche Gefahren für die innere Sicherheit sowie für wichtige innen- und außenpolitische Belange Deutschlands aus.

Das Potential des Ausländerextremismus hat sich mit 49 350 gegenüber dem Vorjahr fast halbiert (1989: 97 250), da viele kommunistische Gruppen ihre programmatische Zielsetzung gegen unsere frei-

heitliche demokratische Grundordnung aufgegeben haben und deshalb nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Die Sicherheitslage hat sich gleichwohl nicht entspannt. Bei den sicherheitsgefährdenden und terroristischen Organisationen spielt die ideologisch-kommunistische Komponente keine oder nur eine untergeordnete Rolle — denken Sie nur an die nordirische PIRA oder die nahöstlichen Terrorgruppen.

Die Zahl der ausländischen Linksextremisten ging von 67 450 im Jahr 1989 auf nunmehr 22 020 zurück. Bei den extremnationalistischen Gruppen war eine leichte Abnahme von 8 950 auf 8 610 Mitglieder und bei den islamischen Extremisten eine leichte Zunahme von 17 450 auf 18 720 Mitglieder zu verzeichnen.

Die politisch motivierten Gesetzesverletzungen von Ausländern haben 1990 abgenommen, die schweren Gewalttaten blieben mit insgesamt 16 nahezu konstant. ■

Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht

Das Bundeskabinett hat am 14. August den Gesetzentwurf eines „Ersten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht“ beschlossen. Der vorgelegte Gesetzentwurf soll zweierlei bewirken: Die Aufhebung von Unrechtsurteilen soll wesentlich beschleunigt werden, und die Betroffenen sollen besser und schneller entschädigt werden.

Zu diesem Zweck vereinfacht der Gesetzentwurf an vielen Stellen die gerichtlichen Verfahren; er schreibt einen Katalog von Straftatbeständen fest, die zu einer Regelaufhebung führen müssen. Es handelt sich um Strafvorschriften, die in der DDR typischerweise zur politischen Verfolgung mißbraucht wurden. Ebenso wie den strafrechtlich Verurteilten ermöglicht der Gesetzentwurf auch den Opfern rechtsstaatswidriger Einweisung in psychiatrische Anstalten die Rehabilitierung.

Der Entwurf sieht folgende Entschädigungsleistungen vor:

- Besonders Bedürftige in den neuen Bundesländern, insbesondere Alte, Kranke und sozial Schwache: 600,— DM je Haftmonat.
- Bedürftige aus den alten Bundesländern: 450,— DM je Haftmonat.
- Andere Betroffene, die bis zum 9. November 1989 in den neuen Bundesländern lebten, wegen der besonderen, haftbedingten fortdauernden Benachteiligungen: 450,— DM je Haftmonat.
- Alle anderen, die rechtsstaatswidrige

Haft erlitten haben: 300,— DM je Haftmonat.

Weiterhin gilt:

- Die Haftentschädigung ist von der Einkommenssteuer befreit.
- Die Auszahlung der Haftentschädigung soll nach Bedürftigkeit über mehrere Jahre gestreckt werden.
- Alle Opfer, die in ihrer Haft Gesundheitsschäden erlitten haben, werden Versorgungsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten. Es sind dies u. a. Beschädigtenrente, Berufsschadensausgleich und Krankenversorgung.
- Rechtsstaatswidrige Haftzeiten werden zugunsten der Betroffenen rentenerhöhend berücksichtigt. Dies wurde bereits durch das Rentenüberleitungsgesetz sichergestellt.
- Hinterbliebene erhalten ebenfalls Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, wenn der Betroffene an den Folgen der Haft gestorben oder die Hinterbliebenenversorgung schädigungsbedingt wesentlich gemindert ist.
- Die Haftentschädigung ist nicht vererblich. Für Ehegatten, Eltern und Kinder, die selbst unter der Haft des Betroffenen mitgelitten haben, kommen jedoch die gleichen Unterstützungsleistungen in Höhe von 150,— DM durch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Betracht. Voraussetzung ist auch hier, daß die hinterbliebenen Familienangehörigen bedürftig sind und keine Möglichkeit haben, diese Lage aus eigener Kraft zu überwinden. ■

Brieflaufzeiten fast auf dem Niveau vor der Wiedervereinigung

Daß Wilhelm Hübner, Vorsitzender des Verbandes der Postbenutzer und Chefkritiker der Deutschen Bundespost, lobende Worte für Leistungen der Post findet, kommt nicht alle Tage vor. Bedauerlicherweise aber hat seine Feststellung, mindestens 90 Prozent der Briefe, Postkarten und Drucksachen seien pünktlich beim Empfänger, nicht die publizistische Resonanz gefunden, die ansonsten seinen regelmäßigen Kassandrarrufen zuteil wird.

Gerhard O. Pfeffermann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post und Telekommunikation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Dies ist um so bedauerlicher, als dem Verband der Postbenutzer diesmal wirklich uneingeschränkt zugestimmt werden kann.

In der Tat werden nämlich die postinternen strengen Laufzeitvorgaben, also z. B. E + 1 (Einlieferung plus ein Tag) beim vollbezahlten Brief, wieder bei mehr als 90 Prozent aller Sendungen eingehalten. Das entspricht schon fast dem hohen Qualitätsstandard vor der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die von der DBP POSTDIENST gestartete Qualitätsoffensive hat also in kurzer Zeit gegriffen und damit eindrucksvoll belegt, daß Motivation zu mehr Leistung auch in der derzeitigen Organisationsform wirkungsvoll möglich ist. Gleichzeitig werden diejenigen in ihrer Meinung bestärkt, die sich für mehr Leistungsanreize und eine verbesserte Leistungsbeförderung auch innerhalb des Beamtenrechts einsetzen.

Wer sich etwa vergegenwärtigt, daß beispielsweise ein 20jähriger Beamter im

Briefzustelldienst gerade mal 2.182,— DM brutto verdient (bei seinem 35jährigen, verheirateten Kollegen sind es auch nicht mehr als 3.150,— DM brutto), wird die Bedeutung finanzieller Anreize ohnehin kaum leugnen können. Dies schon gar nicht, wenn er bedenkt, daß mit einem derartigen Gehalt Lebenshaltungskosten einschließlich der Miete auch in Städten wie München, Stuttgart, Frankfurt oder Hamburg bestritten werden müssen.

Aber auch auf die Bezieher höherer Einkommen dürfte eine Leistungsbeförde-

Das Prinzip „Einlieferung plus ein Tag“ (E + 1) gilt wieder bei mehr als 90 Prozent aller Sendungen.

rung, die diesen Namen tatsächlich verdient, ihre motivationsbildende Kraft nicht verfehlen.

Wie wichtig im übrigen eine funktionierende Post ist, die ihre Dienstleistungen zu bundesweit gleichen Bedingungen, also insbesondere auch zu gleichen Preisen, anbietet, zeigt eine Nachrichtenmeldung aus jüngster Zeit. Danach fordert ein Mitbewerber der Post in den neuen Bundesländern happige Zuschläge. Dort werde — ohne nachvollziehbaren Grund — für den Transport eines 1-kg-Pakets 14,30 DM verlangt. In der gleichen Tariffzone könne der Kunde in den alten Bundesländern für den identischen Preis von 12-kg-Paket transportieren lassen.

Telefonieren in den neuen Ländern: einfacher, schneller und billiger

Ost- und Westdeutschland sind sich seit Anfang Juli telefonisch ein Stück nähergekommen. Über das alte, marode Telefonnetz der ehemaligen DDR wurde das sogenannte digitale Overlay-Netz gestülpt, bestehend aus modernster Vermittlungs- und Übertragungstechnik.

Zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt es jetzt 22.000 zusätzliche Leitungen. Bisher gab es nur 8.000 Leitungen. Diese neuen Leitungen tragen dazu bei, das Investitionshemmnis Nr. 1 im Infrastrukturbereich rasch zu beseitigen.

Durch die Inbetriebnahme des digitalen Fernnetzes und die Leitungsvermehrung können die Telefonkunden nun weitestgehend problemlos sowohl innerhalb der neuen als auch zwischen den neuen und alten Bundesländern sowie ins Ausland telefonieren. Das Besetzzeichen wird nur noch in Spitzenzeiten zu hören sein.

Bis zum Jahresende werden sämtliche rund 150.000 Anschlußanträge von Geschäftskunden ausgeführt sein. Insgesamt sollen 1991 500.000 neue Telefonanschlüsse installiert werden.

Bis 1997 können auf modernster High-Tech-Basis ca. sieben Millionen neue Anschlüsse gelegt werden. Damit wird der Osten Deutschlands über eines der modernsten Telekommunikations-Netze der Welt verfügen.

Insgesamt investiert die Deutsche Bundespost Telekom bis 1997 55 Milliarden DM in den neuen Bundesländern, davon alleine 6,9 Milliarden DM in diesem Jahr. Ein Großteil der vorgesehenen Mittel fließt über Aufträge in Privat-Unterneh-

men in den neuen Bundesländern. Dieses Engagement hat daher auch äußerst positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt: Die Investitionen sichern alte und schaffen neue Arbeitsplätze in erheblichem Umfang.

Allein Telekom beschäftigt als größter Arbeitgeber in Ostdeutschland 43.000 Mitarbeiter. Durch das Aus- und Aufbauprogramm sind rund 25.000 neue Arbeitsplätze außerhalb des Unternehmens geschaffen worden, die sich bis zum Jahresende auf etwa 50.000 weiter erhöhen werden; ab Mitte 1993 werden es sogar 100.000, vorwiegend im mittelständischen Bereich, sein.

Telefonieren ist übrigens seit Anfang Juli in den neuen Bundesländern nicht nur einfacher, sondern auch billiger geworden. Die einmalige Anschlußgebühr wurde von 150 DM auf 65 DM gesenkt.

Personalie

Georg Jarzembowski (44) ist der Nachfolger von Hartmut Perschau auf der Liste der CDU Hamburg in der Europäischen Volkspartei für das Europäische Parlament. Jurist von Beruf, ist Georg Jarzembowski bisher als Regierungsdirektor in der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigt gewesen. Seit 1979 ist er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Dort war er tätig im Haushaltsausschuß und im Ausschuß für Hafen und Wirtschaft. Seit Anfang der 80er Jahre ist er der hafenpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

Maßnahmen zur Vorbereitung des europäischen Binnenmarktes

Der Staatsminister beim Bundeskanzler, Lutz G. Stavenhagen, hat zum Thema „Noch 500 Tage bis zum Binnenmarkt“ am 13. August 1991 folgende Erklärung abgegeben:

Die Revolution vollzieht sich im Stillen. Zwölf Staaten wachsen zusammen zum Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist. Dieser „Binnenmarkt“ soll am 31. Dezember 1992 verwirklicht sein. Dafür bleiben der Gemeinschaft am 20. August 1991 noch 500 Tage.

Der Binnenmarkt entsteht nicht mit einem Federstrich. Es nützt den Menschen nicht, abstrakte Rechte auf freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu verkünden, wenn beispielsweise national unterschiedliche Rechtsvorschriften, technische Normen, Berufszulassungsordnungen oder Steuersätze die tatsächliche Ausübung dieser Freiheitsrechte hemmen, oder wenn nicht ausreichend für Verbraucherschutz und Sicherheit vorgesorgt ist. Deshalb hat sich die Gemeinschaft ein ehrgeiziges Programm der Liberalisierung und Harmonisierung aller wesentlichen Rahmenbedingungen des künftigen Binnenmarktes gesetzt.

Beispielsweise werden gemeinsame Regeln dafür vereinbart, welchen Anforderungen des Verbraucher- und Umweltschutzes die Waren im Binnenmarkt genügen müssen. Der Schutz des geistigen Eigentums wird vereinheitlicht, damit die Rechtssicherheit nicht länger an der Grenze endet. Bei der Vergabe großer öffentlicher Aufträge sollen auch Anbieter aus anderen Mitgliedstaaten

eine faire Chance erhalten — denn Konkurrenz belebt hier nicht nur das Geschäft, sondern kann auch die Preise senken und Steuermittel sparen helfen.

EG-weite berufliche Mobilität setzt voraus, daß beruflich Geleitetes auch EG-weit anerkannt wird: Also muß für die gemeinschaftsweite Anerkennung von Diplomen und beruflichen Befähigungsnachweisen gesorgt werden. Ein einheitlicher Dienstleistungs- und Kapitalmarkt setzt gleiche Aufsichts- und Wettbewerbsbedingungen für alle Anbieter voraus. Und für das gesamte Binnenmarktprogramm ist die Harmonisierung insbeson-

Die Vorbereitungen für den Binnenmarkt sind auf gutem Wege: Etwa drei Viertel der notwendigen Maßnahmen sind beschlossen.

dere der indirekten Steuern von grundlegender Bedeutung.

Für den einzelnen Bürger schließlich wird der Fortschritt der europäischen Integration besonders deutlich, wenn alle Personenkontrollen an den EG-Binnengrenzen abgebaut werden. Voraussetzung dafür ist zum einen die Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der EG-Staaten, zum anderen eine Harmonisierung ihrer Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerpolitiken.

Die Liste der für das Erreichen des Binnenmarktziels notwendigen Maßnahmen ließe sich fortsetzen. Auch muß der Binnenmarkt um eine soziale Dimension

Hasselfeldt darf Negativliste veröffentlichen

Der Rechtsstreit darüber, ob das Bundesgesundheitsministerium die sogenannte Negativliste veröffentlichen darf, ist zugunsten des Ministeriums entschieden.

Einen entsprechenden Beschluß faßte das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen. Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt, die das Verzeichnis von der kassenärztlichen Versorgung ausgeschlossenen Arzneimittel bereits im Juli veröffentlichen wollte, gab bekannt, daß sie die aktualisierte Negativliste jetzt am 1. Oktober 1991 herausgeben wird.

Zunächst sollen die Arzneimittel aus der Liste gestrichen werden, die inzwischen ohnehin vom Markt genommen worden sind. Nach Abschluß dieses Korrekturverfahrens, in das auch die Arzneimittelhersteller noch einmal einbezogen werden, wird die Negativliste im Bundesanzeiger erscheinen.

Bis dahin geht Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt davon aus, daß die Kassen entsprechend der bisherigen Praxis keinen Kassenarzt regreßpflichtig machen, der noch nach der Verordnung ausgeschlossene Arzneimittel verschreibt.

ergänzt werden, die den berufstätigen Frauen und Männern hohe Standards im Arbeitsschutz, in der Arbeitsumwelt und bei den Mitwirkungsrechten in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sichert.

Die Vorbereitungen für den Binnenmarkt sind auf gutem Wege. Etwa drei Viertel der für erforderlich gehaltenen Maßnahmen wurden bereits beschlossen. Aber schwierige Fragen sind weiterhin ungeklärt: Die Harmonisierung der indirekten Steuern etwa, der Abbau der Grenzkontrollen und das künftige Statut der Europäischen Aktiengesellschaft stehen noch aus.

Die Bundesregierung hat sich von Anfang an mit Nachdruck für den Binnenmarkt eingesetzt. Sie war bereits an der Vereinbarung dieses Ziels maßgeblich beteiligt und hat seither immer wieder wichtige Anstöße für den Fortgang der Arbeiten gegeben, beispielsweise zur sozialen Dimension des Binnenmarktes. Sie wird auch an den noch ungelösten

Problemen konstruktiv und mit der Gewißheit mitarbeiten, daß die immensen Vorteile des Binnenmarktes die Anstrengung lohnen.

Denn unter Fachleuten ist mittlerweile unbestritten, daß der Binnenmarkt das Bruttoinlandsprodukt der Zwölf um mehrere Prozentpunkte steigern, die Inflation dämpfen, Hunderttausende Arbeitsplätze schaffen und die außenwirtschaftliche Position der Gemeinschaft festigen wird.

Revolution im Stillen

Dadurch verbessern sich insbesondere die Entwicklungsmöglichkeiten der stark exportorientierten deutschen Wirtschaft erheblich. Schon heute sind entsprechende Wachstumsimpulse spürbar. Unternehmen und Gewerkschaften haben den Binnenmarkt als sachgerechtes Ziel begrüßt und stellen sich auf seine Chancen ein.

Die Revolution vollzieht sich im Stillen. Es bleiben noch 500 Tage, um mit harter Arbeit ihren Erfolg zu sichern. ■

Regierung beschließt Einführung der Gasrückführung an Tankstellen

An bundesdeutschen Tankstellen wird künftig die Gasrückführung zur Pflicht. Die Zapfsäulen werden mit dem sogenannten Saugrüssel ausgestattet, die Tankwagen und -lager mit dem Gaspindelverfahren. Sie dienen der weiteren Verminderung verkehrsbedingter Schadstoffemissionen.

Das Bundeskabinett hat am 14. August zwei Verordnungen auf der Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes beschlossen. Ziel dieser von Bundesumweltminister Klaus Töpfer vorgelegten Verordnungen ist es, die bei der Benzinverteilung und beim Betanken von Fahrzeugen in die Umgebung abgegebenen Benzindämpfe nach dem Stand der Technik zu begrenzen.

Derzeit werden bei der Verteilung des Benzins von der Raffinerie bis zur Tankstelle etwa 100.000 t Benzindämpfe emittiert. Bei der Betankung von Autos sind es nochmals 45.000 t.

Diese Benzindämpfe enthalten gesundheits- und umweltbedenkliche Kohlenwasserstoffe, u. a. das krebserregende Benzol. Sie belasten beispielsweise an den Tankstellen das dort beschäftigte Personal, die Tankkunden und die Anwohner. Bei ihrer Ausbreitung in der Atmosphäre können sich darüber hinaus aus den Benzindämpfen im Zusammenwirken mit anderen atmosphärischen Spurenstoffen unter Sonneneinwirkung umweltschädliche Folgeprodukte bilden, die u. a. zur Entwicklung von Sommermog beitragen (Bildung bodennahen Ozons).

Eine der beiden Verordnungen begrenzt die Emissionen beim Benzinumschlag.

Dies reicht von der Abfüllung in die Transportmittel (Straßentankwagen, Eisenbahnkesselwagen oder Binnentankschiffe an den Raffinerien oder Depots) bis zur Befüllung der Lagertanks der Tankstellen. Dabei werden nur Tanklager bis zu einer Größe von 10.000 t Benzin erfaßt. Für größere Läger sind bereits in der geltenden Technischen Anleitung Luft (TA Luft) emissionsbegrenzende Vorschriften enthalten.

Die andere Verordnung begrenzt die Emissionen beim Tanken an der Zapfsäule.

Die Verordnungen fügen sich ein in eine umfassende Strategie zur Verminderung

Verdunstungsemissionen in der gesamten Benzinverteilungskette weiter begrenzt. Klaus Töpfer: Letzte Lücke geschlossen.

der von Treibstoffen ausgehenden Umweltbelastungen, insbesondere der Benzolemissionen.

90 Prozent aller Benzolemissionen (ca. 46.100 Tonnen) entstammen dem Ottokraftstoff, ca. 95 Prozent davon werden beim Autofahren (im Auspuffgas oder als Verdunstung aus dem Kraftstoffzuleitungssystem) abgegeben; die anderen fünf Prozent bei der Verteilung des Benzins. Durch den geregelten 3-Wege-Katalysator und den kleinen Kohlekanister werden die Benzolemissionen beim Autofahren um ca. 90 Prozent vermindert. Im September wird Minister Klaus Töp-

Weniger Verpackungsmüll

Bundesregierung erläßt Rücknahmepflicht

Künftig sind alle Hersteller zur Rücknahme der Verpackungen ihrer Produkte verpflichtet. Die jetzt von der Bundesregierung erlassene Verordnung zur Verminderung von Verpackungsabfällen tritt ab 1. Dezember 1991 stufenweise in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland ist damit weltweit das erste Land, das der „Wegwerfmentalität“ so konsequent entgegenwirkt.

Die Produktverpackungen sollen vereinfacht und vereinheitlicht werden, damit Mehrweg und stoffliche Verwertung leichter werden. Da Hersteller und Handel ab Dezember für gebrauchte Verpackungen verantwortlich sind, werden die Kommunen bei ihren Entsorgungsaufgaben erheblich entlastet.

Der Verpackungsmüll ist dem Volu-

men nach von etwa 400 Litern/Einwohner pro Jahr 1950 auf etwa 2.200 Liter 1990 gestiegen. Das spezifische Müllgewicht hat sich von ca. 150 kg/Einwohner pro Jahr 1950 auf etwa 300 kg 1990 verdoppelt. Inzwischen fallen in der Bundesrepublik jährlich fast 32 Millionen Tonnen Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle an.

Die nun entstehende Rücknahmepflicht gilt für Transport-, Um-, Verkaufs- und Getränkeverpackungen, für Behältnisse, in denen sich Schadstoffe befanden, sowie für Verpackungen von Wasch- und Reinigungsmitteln. Um den Rücklauf vom Verbraucher zum Vertrieber zu gewährleisten, wird schließlich eine Pfanderhebungspflicht eingeführt.

Die Verordnung stellt den Herstellern frei, ein Holsystem (die Verpackungen werden vom Hersteller beim Verbraucher abgeholt) einzurichten.

fer dem Kabinett eine Verbotsverordnung für Scavanger in verbleitem Benzin vorlegen, Scavanger sind chlos- und bromhaltige Bestandteile des Bleiantiklopfmittels im Benzin, die sicherstellen sollen, daß die Bleiverbindung nicht im Motor bleiben. Da der Zusatz dieser Verbindung zu Dioxin- und Furanemissionen führt, sollen sie durch die Scavangerverordnung verboten werden. Die EG hat sich mit dem Verordnungsentwurf inzwischen einverstanden erklärt, so daß die Verordnung nach Zustimmung des Bundesrates im Jahre 1992 in Kraft treten kann. Deutschland wird damit der erste Staat sein, der dioxinbildende Scavanger im Benzin verbietet. Die Mineralölwirtschaft

hat bereits freiwillig die Zusage gegeben, für die inländische Produktion nur noch Kraftstoffe ohne Scavanger anzubieten.

Klaus Töpfer: Mit den vom Kabinett beschlossenen Verordnungen zur Gasrückführung wird die letzte bedeutende Lücke in der Begrenzung der Verdunstungsemissionen in der gesamten Benzinverteilungskette zwischen Raffinerie und Auto konsequent geschlossen, nachdem auch der autoseitige Filter zur Minderung der Verdunstungsemissionen beim Fahrzeugstillstand und -betrieb bereits zur Pflicht geworden ist. Die Gasrückführung bei der Fahrzeugbetankung wird von der Bundesrepublik als erstem Staat der EG verbindlich eingeführt. ■

Umweltfreundliches Verhalten muß sich auszahlen

CO₂-Abgabe unverzichtbar

Zu Forderungen, eine CO₂-Abgabe in dieser Legislaturperiode nicht einzuführen, erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Die CDU hält an der in ihrem Wahlprogramm vorgesehenen Einführung einer CO₂-Abgabe zum Zwecke des Klimaschutzes fest. Das Bundesumweltministerium sollte möglichst noch in diesem Herbst einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Angesichts der globalen Gefahren für die Lebensgrundlagen der Menschheit, die vom sogenannten Treibhauseffekt ausgehen, zählt der Klimaschutz zu den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben.

Gerade die leistungsfähigen Industrieländer, die einen großen Teil des CO₂-Ausstoßes zu verantworten haben, sind aufgefordert, die Minderung von CO₂-Emissionen entschieden voranzutreiben. Ziel muß es sein, die CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2005 um mindestens 25 Prozent zu senken.

Damit dieses hochgesteckte Ziel erreicht werden kann, müssen gezielte marktwirtschaftliche Anreize zur Minderung des CO₂-Ausstoßes geschaffen werden. Eine CO₂-Abgabe bietet die Voraussetzungen für eine ständige Verbesserung der eingesetzten Technik und damit für eine fortschreitende Rückführung des CO₂-Ausstoßes. Verordnungen setzen demgegenüber nur Mindestnormen und bieten daher keinen Anreiz für permanente Verbesserungen.

Die CO₂-Abgabe stellt in keiner Weise

eine versteckte Steuer dar. Ihr Ziel es nicht, für beliebige staatliche Aufgaben neue Einnahmen zu erschließen. Die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe sollen ausschließlich für Aufgaben des Klimaschutzes eingesetzt werden. Die Koalitionsvereinbarungen sehen ausdrücklich vor, daß „die Aufwendungen des Bundes für Maßnahmen, die dem Umwelt- bzw. Klimaschutz dienen, mindestens so groß sind wie das Aufkommen der Abgabe“.

Minister fordern CO₂-Reduktion

Die Bundesrepublik will gemeinsam mit Österreich, Liechtenstein und der Schweiz den Ausstoß von Kohlendioxid und anderer klimaschädigender Gase verringern. Bei einem Treffen in Dresden beschlossen die vier Umweltminister, daß eine Arbeitsgruppe diese Thematik und vor allem eine CO₂-Abgabe mit anderen Industriestaaten erörtern soll. Bundesumweltminister Klaus Töpfer betonte, daß in allen Ländern der Ausstieg aus der Produktion und Verwendung von FCKW bis 1995 beschlossen sei.

Mit Einführung einer CO₂-Abgabe könnte die Bundesrepublik eine Schrittmacherrolle im europäischen Umweltschutz übernehmen. Ziel der CDU ist es, zu einer europaweiten Klimaschutzabgabe zu gelangen. Durch eine nationale Entscheidung für eine solche Abgabe würde zugleich auf unsere Partner in der Europäischen Gemeinschaft eingewirkt, gemeinsame Maßnahmen zum Schutz des globalen Klimas zu ergreifen.

Kommentar

Keine „Neue Armut“

Die Gewinner des deutschen Einigungsprozesses in den östlichen Bundesländern sind in materieller Hinsicht eindeutig die Rentner. Ihre Alterseinkommen haben sich seit der Einigung um rund 75 Prozent erhöht. Auch der reale Kaufkraftzuwachs nach Abzug der Preissteigerungen schlägt mit 40 bis 50 Prozent zu Buche. Das ist erfreulich. Schließlich handelt es sich hierbei um eine Generation Deutscher, die in besonderer Weise auf der Schattenseite des Lebens gestanden hat.

Es sind jedoch nicht die Rentner allein, denen die Beendigung der Teilung eine deutliche Teilhabe am wirtschaftlichen Ertrag des Westens bescherte. Sowohl der klassische Arbeitnehmerhaushalt mit vier Personen und zwei Verdienern, wie auch eine vergleichbare Familie mit einem Verdienner und einem Arbeitslosen verfügt heute über ein wesentlich höheres reales Einkommen als vor der Wende.

Natürlich ist stets zu berücksichtigen, daß es sich hierbei um Durchschnittswerte handelt, von denen der Einzelfall extrem abweichen kann, wenn sich negative Tatbestände ballen. Gleichwohl ist dieser Durchschnitt ein verlässliches Anzeichen dafür, daß von einer massenhaften Verelendung

in den neuen Ländern nicht gesprochen werden kann.

Diese Feststellung ist deshalb zu diesem Zeitpunkt so wichtig, da hierzulande bereits an einer Wiederauflage der Anfang der 80er Jahre gestarteten und dann rasch in sich zusammengebrochenen Kampagne zum Thema „Neue Armut“ gebastelt wird. Das Schicksal von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit der Inanspruchnahme von Sozialhilfe wird vielen Bürgern in den neuen Ländern nicht erspart bleiben.

Dennoch sorgt unser vorbildlich ausgebauten Sozialsystem dafür, daß die materielle Absicherung trägt. Die Probleme liegen in diesen Fällen eher im psychologischen, durch den Verlust des Selbstwertgefühls begründeten Bereich. Und damit sollte von allen Seiten behutsam umgegangen werden.

Das gilt selbst, wenn als Armutsgrenze der Bezug von Sozialhilfe definiert wird: Die statistische Durchschnittsfamilie erhält zum Beispiel im Land Brandenburg 1.508 Mark monatlich an Barleistungen. Hinzu kommen freies Wohnen und weitere Sachzuwendungen. Das ist kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch. Die Diskussion über die Sozialstaatlichkeit der größer gewordenen Bundesrepublik sollte also nicht von politisch motivierter Wehleidigkeit dominiert werden, sondern sich an Fakten orientieren.

Rheinische Post

Landtagswahlen am 5. April 1992

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat den 5. April 1992 zum Termin der nächsten Landtagswahl bestimmt. Wie die Regierungspressestelle in Kiel mitteilte, kam der Beschluß nach einer ausführlichen Anhörung der im Landtag vertretenen Parteien SPD, CDU, dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) sowie der FDP und der Grünen zustande. Alle hatten sich mit dem Termin einverstanden erklärt. Am gleichen Tag wird auch in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt.

Lehrer der Christlichen Soziallehre

Mit Oswald von Nell-Breuning verliert die Arbeitnehmerschaft einen väterlichen Freund und Lehrer, die Kirche einen vorbildlichen Seelsorger, Gesellschaft und Politik verlieren einen unbestechlichen Ratgeber.

Oswald von Nell-Breuning war ein Diener der Wahrheit und ein Liebhaber der Menschen. Seine Autorität verdankte er nicht funkelnieder Sprachartistik, nicht Kathedralen von Ideen, sondern der

Von Norbert Blüm

Übereinstimmung von Wort und Tat. Für mich war Oswald von Nell-Breuning die personifizierte katholische Soziallehre.

Er war ein intellektueller Samariter, der sich der Versuchung entzogen hat, die Menschen zu trösten auf den Himmel, aber auch der Versuchung widerstanden hat, hier und heute nicht zu helfen. Zwischen dem Fanatismus der Spezialisten für Perfektion, den großen Vollendern und Vergewaltigern und dem Fatalismus

jener, die die Welt sich selbst überlassen, verwies er auf den Weg der Christlichen Soziallehre. Er propagierte nicht die Hoffnung, daß wir die perfekte Welt schaffen könnten, und empfahl dennoch das Engagement im Jetzt. Mit schnörkelloser Sprache verstand er es, aus der Sicht der Adressaten zu formulieren und nicht intellektuelle Selbstgespräche zu führen. Diese Bescheidenheit war Beweis seiner Sympathie mit den Menschen.

Daß die Christliche Soziallehre modernere denn je ist, ist ein großes Verdienst ihres Lehrers Oswald von Nell-Breuning. Mit den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität bewahrt sie uns vor den Irrtümern des Kollektivismus wie des Individualismus. Oswald von Nell-Breuning und die Christliche Soziallehre werden durch die jüngste geschichtliche Entwicklung eindrucksvoll bestätigt. Über viele Jahrzehnte hatte ich oft Gelegenheit, Lehrling des großen Lehrmeisters zu sein. In dankbarer Erinnerung und mit großem Respekt verneige ich mich vor seiner Person und seinem Lebenswerk.

Trauer um Oswald von Nell-Breuning

Zum Tod von Professor Oswald von Nell-Breuning erklärte Generalsekretär Volker Rühe:

Mit dem Tod von Oswald von Nell-Breuning verliert Deutschland einen der bedeutendsten Vertreter der katholischen Soziallehre. Oswald von Nell-Breuning verband den christlichen Glauben mit dem aktiven Engagement als Berater und kritischer Begleiter in Politik und Gesellschaft. Er zeichnete

sich durch Kompetenz, Sachlichkeit und Weitblick aus.

Mit seinem unbeugsamen Geist, scharfen Intellekt und hoher moralischer Autorität hat er die Programmatik und Arbeit der CDU entscheidend geprägt. Sein Eintreten für die Verwirklichung des Gebots der christlichen Nächstenliebe, für aktive Solidarität und die Würde und Freiheit des Menschen sind für die CDU auch nach seinem Tode Maßstab ihrer Politik.

Materialien für die Parteiarbeit

Zu bestellen in unserem
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Die Preise verstehen sich inklusive
Versand zuzüglich Mehrwertsteuer.)

Werden
auch Sie
Mitglied
in der

**Senioren
Union** 

Faltblatt:
Bestell-Nr.:
2426

Mindest-
abnahme:
100 Expl.

Preis je
100 Expl.:
17,50 DM



**Die Zukunft
menschengerecht
gestalten**

Broschüre: Bestell-Nr.: 5427
Mindestabnahme: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 32,— DM

Ratgeber für die neuen Länder

Wir wollen noch einmal an unsere Ratgeber-Broschüre, eines der wichtigsten Verteilmittel für die neuen Bundesländer, und deren Einzelausgaben erinnern:

Tips zum Thema: Arbeit (Best.-Nr. 5408), Tips zum Thema: Familie (Best.-Nr. 5416), Tips zum Thema: Gesundheit (Best.-Nr. 5417), Tips zum Thema: Verbraucher (Best.-Nr. 5422), Tips zum Thema: Soziale Sicherheit (Best.-Nr. 5423) und Tips zum Thema: Wohnen (Best.-Nr. 5431).

Die Ausgaben sind in der Mindestmenge von 50 Exemplaren zu einem Preis von 9,— DM (zuzügl. MwSt.) je Verpackungseinheit zu haben.

■ CDU-DOKUMENTATION 17/1991

**RAT
GEBER** für die neuen
Bundesländer

Tips zum Thema
WOHNEN

Eine ausreichende und kostengünstige Wohnungsverorgung aller Bürger ist eine Voraussetzung für den sozialen Frieden und deshalb Ziel unserer Wohnungspolitik. Die CDU unterstützt mit umfassenden Maßnahmen die Instandsetzung, die Modernisierung und den Bau von Wohnungen. Wir fördern die Privatisierung ehemals volkseigener Wohnungen, um möglichst vielen Bürgern ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Wir schützen die Mieter vor ungerechtfertigten Kündigungen und Mieterhöhungen und helfen gezielt sozial schwachen Haushalten mit einem Mietzuschuß, dem Wohngeld.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Neu in Versmold:



Die CDU bietet Ihnen ab sofort den oben abgebildeten Europaschirm an: Bestell-Nr. 9439, Verpackungseinheit: 1 Exemplar, Preis pro Verpackungseinheit: 9,45 DM. Bestellungen an:

IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Versmold
(Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.)

AUGEN AUF!



SCHULE HAT BEGONNEN!

Bestellen Sie rechtzeitig unser Poster (DIN A1) mit dem freundlichen Appell an den Autofahrer für die Zeit nach den Ferien, wenn die Schulanfänger zum erstenmal ihren Schulweg gehen. — Bestell-Nr.: 7441, Verpackungseinheit: 50 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 36, — DM.

UiD

25/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.